

Hans Günter Brauch, Mosbach, 18.11.2017 (<brauch@afes-press.de>)

Neue Konflikte im 21. Jahrhundert: Aufgaben für eine vorausschauende aktive Friedenspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner, lieber Herr Bleicher vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge

Der Volkstrauertag wurde als Gedenktag für die Kriegstoten des Ersten Weltkriegs eingeführt. Seit 1945 wird am Volkstrauertag auch der zivilen Opfer des Krieges gedacht. Unser Gedenken gilt auch den Frauen, Kindern und Männern, die in den besetzten Ländern und in Deutschland zu Opfern von Krieg und Gewalt wurden. Unsere Bundespräsidenten riefen dazu auf, auch an die Opfer der Diktatur zu erinnern, die aus politischen, religiösen oder sogenannten rassistischen Gründen verfolgt wurden. Heute ist der Volkstrauertag den Opfern von Krieg *und* Gewalt gewidmet, aber auch Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden. Der Tag erinnert an das Leid und an den Tod der Menschen. Die Zeit des Ersten und Zweiten Weltkriegs, der NS-Diktatur und nach Kriegsende war so grausam, dass wir uns erinnern *müssen*.

1. Rückschau auf die Kriege des 20. Jahrhunderts: Lehren aus der Geschichte: 72 Jahre Frieden in Deutschland und mit all unseren Nachbarn

99 Jahre nach dem Ende des Ersten und 72 Jahre nach dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs gedenken wir der fast 20 Millionen Toten des Ersten Weltkriegs und der ca. 55 Millionen Menschen, die durch den Zweiten Weltkrieg starben. Es sind fast so viele Menschen, wie heute in Deutschland leben. Was kann ein Friedensforscher zu dieser Gedenkstunde beitragen?

Ich werde keinen wissenschaftlichen Vortrag halten und will stattdessen versuchen, Sie und vor allem die vielen jungen Zuhörerinnen und Zuhörer, die mit den neuen Konflikten des 21. Jahrhunderts leben müssen, zum Nachdenken zu bringen. Sie können mithelfen, dass diese neuen Konflikte vermieden werden können.

2. Verhältnis Deutschland und Frankreich (1870–1942): 3 Kriege: Denkmale und Kriegsgräber und Verhältnis Deutschland und Polen: Gebot der Aussöhnung der Bekämpfung eines neuen Nationalismus

Eine der größten Errungenschaften der letzten 72 Jahren in Mitteleuropa und in Deutschland ist, dass wir erstmals in Frieden mit all unseren Nachbarn, insbesondere mit Frankreich und Polen, leben. In den 70 Jahren meines Lebens gab es in der Vergangenheit drei Kriege zwischen Deutschland und Frankreich: 1870-1871, 1914-1918, 1939-1945.

Das Umdenken ist Ergebnis vielfältiger Bemühungen der Kriegsteilnehmer und vorausschauender Politiker, aber auch verantwortungsbewußter Lehrerinnen und Lehrer und engagierter Bürgerinnen und Bürger, denen wir es zu verdanken haben, dass nicht länger Hass und Rache die öffentliche Diskussion über den Rhein bestimmen, sondern dass wechselseitiger Respekt und echte Freundschaft zwischen den Menschen entstehen konnten.

Der französische politische Denker und Praktiker Jean Monnet hat mit seinen Vorschlägen Außenminister Robert Schuman beeinflusst, aus denen seit 1951 die Europäische Union entstand, deren z.Z. 28 Mitglieder aufhörten, gegeneinander Krieg zu führen.

Dieser größte Erfolg einer neuen europäischen Friedensmacht ist nicht nur hier bedroht durch die Rückkehr des Giftes des Nationalismus, Rassismus, einen falsch verstandenen Patriotismus, wachsende Fremdenfeindlichkeit und Dämonisierung von Menschen anderer Länder und Religionen. Diejenigen, die die eigene Nation, Religion und Kultur über alles stellen, haben ungewollt Grundlagen für Rechtfertigung von Gewalt gegen Andersdenkende und anders Aussehende geliefert. Dies gilt nicht nur für andere Staaten, sondern auch für unser Land, wo Ewiggestrige in unsere Parlamente eingezogen sind. Oberste Bürgerpflicht bleibt, dafür zu arbeiten, dass Frieden, Zusammenarbeit und Versöhnung hier Realität bleibt, damit alle Menschen in diesem Land in Frieden leben können.

3. Vertane Chance: Keine Friedensdividende und Friedensordnung nach der friedlichen Wende von 1989-1991

Wir haben vor 28 Jahren im Herbst 1989 in der damaligen DDR und in Osteuropa ohne Kanonendonner einen einmaligen friedlichen Wandel erlebt, der zu einem völligen Systemwandel führte. Heute können junge Menschen Gleichaltrige in Schulen anderer Ländern besuchen und an den Hochschulen gemeinsam studieren und diskutieren und Heiraten über Landesgrenzen, Religionen und Kulturen hinweg sind akzeptiert.

Dieser einmalige Wandel blieb Stückwerk: Es fehlte 1990 an Visionen und Plänen und auch dem politischen Willen, eine dauerhafte europäische Friedensordnung und einen globalen Frieden auch zwischen Religionen und Kulturen gestützt auf Toleranz und Achtung des anderen und der Andersartigkeit zu schaffen. Nach dem Fall der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung wurden viele Waffen verschrottet oder in den globalen Süden exportiert, die dort gewaltsame Konflikte munitionierten. Seit 1995 sind die Weltrüstungsausgaben wieder angestiegen und seit 2015 nimmt das Wettrüsten in Europa wieder zu.

Ende 1991 zerbrach das ehemalige Jugoslawien entlang ethnischer und religiöser Grenzen. Hunderttausende starben und wurden zu Kriegsflüchtlingen, die auch bei uns Zuflucht suchten und ein Bleiberecht erhielten. Das Gift des Nationalismus und ethnischer Verfolgung ist zurückgekehrt und Millionen Menschen wurden in die Flucht getrieben, viele auch zu uns. Die EU war hilflos und alte Konflikte zwischen den einstigen Bündnispartnern brachen wieder auf. Erst 1999 endete die Serie gewaltsamer Kriege. EU Vermittler nutzten erfolgreich die angestrebte EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten sowie der Staaten mit einer starken ungarischen Minderheit (Slowakei, Rumänien, Serbien) um eine Diskriminierung nationaler Minderheiten zu verhindern.

Außerhalb Europas brachen zahlreiche gewaltsame Konflikte aus: 1990/1991 im Irak, sowie nach dem Terrorangriff vom 11. September 2001 in den USA in Afghanistan, im Irak (2003), in Libyen (2011) und nach dem arabischen Frühling in Syrien und Libyen. Die Expansion der NATO nach Osten begünstigte 2014 eine Destabilisierung der Ukraine, eine russische Annexion der Krim und den Krieg im Osten der Ukraine, in dem Russland die Unantastbarkeit der Grenzen brach und gegen Völkerrecht verstieß.

In vielen dieser Konflikte, in denen teilweise auch Soldaten aus NATO-Staaten beteiligt waren, wurden Menschen in die Flucht getrieben und als Folge suchten viele Kriegsflüchtlinge politisches Asyl in europäischen Ländern und in Deutschland, wo nach Art. 16.2 unseres Grundgesetzes gilt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Dieses Grundrecht wird von manchen Rechtspopulisten im Bundestag und Landtag in Frage gestellt.

An diesem Volkstrauertag gedenken wir aller Opfer von Krieg *und* Gewalt unabhängig von Nation und Religion, d.h. auch der Opfer der aktuellen Kriege in Syrien, im Irak, in Afghanistan und in der Ostukraine, der politisch Verfolgten in der Türkei und der Vertriebenen Rohingya aus Myanmar oder Burma, von denen mehr als 600.000 nach Bangladesch in eines der ärmsten und am dichtesten besiedelten Länder flüchteten.

4. Neue asymmetrische Kriege: ethno-religiöse fundamentalistische und religiöse Konflikte, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Terrorismus

Seit den 1980er Jahren spricht man von neuen asymmetrischen Kriegen, bei denen der Gegner unsichtbar ist und es keine militärischen Fronten gibt und oft eine möglichst hohe Zahl ziviler Opfer Ziel ist. Mit dem terroristischen Angriff vom 11. September 2001 gegen die USA haben Terroristen mit Tapetenmessern und Zivilflugzeugen über 2800 Menschen getötet. Der Krieg der Serben gegen Slowenen und Kroaten und später von Serben und Kroaten gegen Muslime in Bosnien sowie gegen die Kosovaren zählen zu den ethno-religiösen Kriegen.

Religiöse Fundamentalisten haben im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südasien viele gewaltsame Attentate und Konflikte durchgeführt. Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) haben Millionen Menschen in Syrien und Irak vertrieben, die in Deutschland ein Recht auf Asyl haben. Mit dem IS-sympathisierende Terroristen haben viele Zivilisten weltweit brutal getötet. Wir gedenken heute auch der IS-Opfer in Syrien und im Irak und in Barcelona, Paris, Birmingham, London, Stockholm, Berlin, New York und in vielen anderen Städten.

In Mexiko hat der Drogenkrieg von 2006 bis 2016 über 185.000 Opfer gefordert. Auch dieser Opfer und ihrer Familien gilt unser Gedenken.

Viele gewaltsame Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sind ungelöst und andere Konflikte kommen hinzu zwischen Nordkorea und Südkorea, Japan und den USA. Die friedliche Lösung dieser Konflikte ist Aufgabe der Diplomatie, die Abrüstung in den Köpfen durch eine Erziehung zu Toleranz und Frieden ist Aufgabe der Friedenserziehung. Das Bürgerengagement für diese Opfer, die zu uns geflüchtet sind, ist praktischer Friedensdienst. Friedensforscher können den Frieden nicht schaffen, vielmehr Ursachen des Unfriedens und der Gewalt untersuchen und Empfehlungen geben.

5. Das Anthropozän als neue Epoche der Geschichte: Wir sind die Bedrohung und Auslöser umweltinduzierter Migration und von Konflikten

Erstmals in der Erdgeschichte hat die Menschheit, d.h. haben wir alle, in das Erdsystem eingegriffen. Der Nobelpreisträger der Chemie, Paul J. Crutzen, erklärte im Februar 2000 „Wir sind jetzt im Anthropozän!“ Er schlug eine neue Phase der Erdgeschichte vor. Die jetzige Phase der Erdgeschichte das Holozän begann mit Ende der Eiszeit vor 11.700 Jahren. Was hat dies mit einer vorausschauenden aktiven Friedenspolitik zu tun?

Hintergrund ist, dass die Menschheit seit der Erfindung der Dampfmaschine 1782 Kohle und Erdöl und Erdgas verbrannt hat. Seit 1945 mit Beginn des Atomzeitalters hat die Verbrennung dieser fossilen Energiequellen dramatisch zugenommen und der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid erhöhte sich in der Atmosphäre. Über 400.000 Jahr war die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre mit 260-280 ppm recht stabil. Von 1750 bis 1958 stieg diese von 279 bis auf 315 ppm. Aber seit 1958 bis 2016 auf 403 an.

Der fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarates stellte hierzu 2014 fest, dass es „äußerst wahrscheinlich ist, dass der menschliche Einfluss die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts war. Die bereits heute eingetretenen Klimaänderungen haben weitverbreitete Auswirkungen auf Mensch und Natur.“

6. Physikalische und gesellschaftliche Folgen des Klimawandels: Extreme Wettersituationen: Stürme, Überschwemmungen, Dürre & Hungersnöte

Dies führte von 1860 bis heute zu einem Anstieg der Erdmitteltemperatur um ca. 1°C. Weitere Folgen sind eine Erhöhung des Meeresspiegels, Veränderungen der Niederschläge und Zunahme der Anzahl und Intensität der extremen Wetterereignisse: Stürme, Überschwemmungen, Dürre und Waldbrände, was dieser Sommer erneut zeigte.

Bis zum Jahr 2100 kann die Erdmitteltemperatur - je nach unserem Verbrauch fossiler Energien - um bis zu 6°C über dem Niveau der Industriellen Revolution liegen. Im Klimaabkommen von Paris haben alle Staaten (außer den USA) vereinbart, den Anstieg der Erdmitteltemperatur auf 1.5-2°C zu begrenzen. Bisher blieb es aber oft bei Lippenbekenntnissen. In Deutschland haben die Treibhausgase 2016 zugenommen und bis 2020 ist das Ziel, diese um 40% zu senken nicht mehr erreichbar. Über Maßnahmen dies umzukehren, wird z.Z. von den Parteien einer möglichen Jamaika-Koalition gerungen: über den Ausstieg aus der Kohle und den Übergang zur Elektromobilität.

Was sind mögliche Folgen, wenn wir nichts oder nicht genügend tun, den Trend umzukehren? Dies kann zu noch viel schlimmeren Stürmen, Überschwemmungen, Dürren, Waldbränden und Hungersnöten führen. Dies kann größere Flüchtlingsbewegungen als 2015 aus Afrika, Asien und dem Mittelmeerraum zu uns auslösen. Die politischen Folgen der Migration von 2015 sind in der Bundestagswahl deutlich geworden. In einem Gutachten für das Umweltbundesamt über Klimawandel und Konflikte habe ich im November 2002 argumentiert, dass neben massiven Fluchtbewegungen über das Mittelmeer auch eine Zunahme gewaltsamer Konflikte um den Zugang zu Wasser und Nahrung entstehen können. Im schlimmsten Fall könnte dies zu Klimakriegen führen.

7. Aufgaben für eine vorausschauende aktive Friedenspolitik: Ursachen erkennen und Gegensteuern: Eindämmung der aktuellen Konflikte

Was sind die Aufgaben einer vorausschauenden aktiven Friedenspolitik in diesem Jahrhundert, für die es sich lohnt, sich einzusetzen? Durch eine aktive Klimapolitik kann Deutschland mit anderen Staaten zusammen einen notwendigen Beitrag leisten, die Wahrscheinlichkeit von Klimakonflikten und von einer durch Klimawandel ausgelösten Völkerwanderung sowie die Wahrscheinlichkeit von Kriegen um knapperes Öl, Erdgas und Kohle senken. Die Vermeidung dieser neuen Konfliktarten wird damit Aufgabe einer aktiven vorausschauenden Friedenspolitik in diesem Jahrhundert, das auch viele Schülerinnen und Schüler der Realschule und des Robert Bosch Gymnasiums in Gerlingen durchleben werden. Was können wir alle tun?

8. Wenn wir die Bedrohung sind, müssen und können nur wir die Probleme lösen: durch unseren Lebenswandel und durch eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

Die Gemeinschaft der 8 größten Industriestaaten (G8) hat 2007 und die G7 haben 2015 in Deutschland unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossen:

- Bis 2050 den Ausstoß von Kohlendioxid um 80-95% zu senken (2007).
- Bis 2100 eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zu erreichen (2015).

Ist dies möglich? Dies erfordert ein Umdenken in den Köpfen der Politiker, der Führungseliten von Wirtschaft und Gesellschaft und der Bevölkerung u.a. mit dem Wahlzettel.

Diese Strategie haben die G-7 Regierungs- und Staatschefs im Juni 2015 beschlossen:

Im Einklang mit dem globalen Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2° Celsius zu halten, einen kohlenstoffarmen und belastbaren Entwicklungspfad einzuschlagen. ... Tiefe Einschnitte [sind] bei den weltweiten Treibhausgasemissionen erforderlich, **einhergehend mit einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts.** Entsprechend unterstützen wir ... ein weltweites Ziel ... Treibhausgase bis 2050 ... von 40 bis 70 % zu reduzieren. ... **Wir verpflichten uns, unseren Teil dazu beizutragen, langfristig eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu erreichen, auch durch die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien, und streben bis 2050 einen Umbau der Energiewirtschaft an;** wir laden alle Länder ein, sich uns in diesem Unterfangen anzuschließen. **Wir verpflichten uns zu diesem Zweck ferner zur Entwicklung langfristiger nationaler kohlenstoffarmer Strategien.**

Im Bundestagswahlkampf hatten viele Politiker versäumt, diese zentrale Zukunftsherausforderungen für die junge Generation in den Mittelpunkt zu stellen, wie diese notwendige Dekarbonisierung der Weltwirtschaft in Deutschland umgesetzt werden kann. In den Jamaika-Sondierungen wird z.Z. intensiv über die Politikfelder der Klima- und Flüchtlingspolitik gerungen und noch ist keine Lösung oder kein Kompromiss in Sicht.

Meine Kernthesen sind,

- Ein Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung ist dringend erforderlich, wenn wir Klimakonflikte und Ressourcenkriege um Öl und Gas vermeiden wollen.
- Ein solcher Übergang ist für Deutschland möglich, machbar und erforderlich.
- In diesem Jahrhundert brauchen wir eine Stromerzeugung, die nicht mehr von der Kohleverstromung abhängt und eine Elektromobilität statt Verbrennungsmotoren.
- Veränderungen im Lebensstil und eine Reduzierung des Fleischkonsums sind nötig.

Auf diese Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen wir Antworten finden. Da wir diese selbst verursacht haben, müssen wir diese auch gemeinsam lösen. Da wir durch unseren Umgang mit Ressourcen diese Bedrohung für uns alle geschaffen haben, müssen wir diese Herausforderungen auch gemeinsam vorausschauend lösen. Leugnen und Nichtstun erhöht nur noch den Preis für die nächsten Generationen.

9. Europa als Friedensmacht: Gegen das Gift des Nationalismus (in den Köpfen) und als Wegbereiter einer nachhaltigen Transformation

Präsident Trump leugnet die Ergebnisse seiner besten Wissenschaftler und des letzten Klimaberichts seiner Regierung. Als einziges Land sind die USA Ende Mai 2017 aus dem Pariser Klimavertrag von 2015 ausgetreten. Viele Rechtspopulisten gehören auch zu den Leugnern des Klimawandels.

Die meisten Parteien in Deutschland bekennen sich zum Klimawandel, aber einige Politiker weigern sich, erforderliche Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die EU und Deutschland waren bisher ein Vorreiter der Klimapolitik. Die Glaubwürdigkeit zeigt sich aber bei der umfassenden Umsetzung der beschlossenen Ziele und Maßnahmen.

Wir müssen uns gegen eine Rückkehr des Nationalismus wenden und Wegbereiter einer nachhaltigen Transformation der Weltwirtschaft und vor allem der eigenen Wirtschaft mit dem Ziel einer Dekarbonisierung werden. In diesem Sinne kann eine vorausschauende aktive Klimapolitik zu einer neuen europäischen Friedenspolitik werden.

10. Wir alle können einen aktiven Beitrag für eine vorausschauende aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert leisten

Die Botschaft des Volkstrauertages ist keine Heroisierung nur unserer Kriegstoten, sondern eine Mahnung zu internationaler Verständigung, Versöhnung und Frieden. Von diesem neuen Denken haben wir alle in der bisher längsten Phase ohne Krieg in Deutschland und in großen Teilen Europas profitiert. Die Einbeziehung aktueller Geschehnisse in unser Erinnern und Gedenken mahnt uns,

- aus den Lehren der Geschichte die Fähigkeit zur Versöhnung und die Instrumente zur Förderung eines gerechten Friedens,
- zur Wahrung der Menschenrechte,
- und zu einem gerechten Wohlergehen für alle zu entwickeln.

Nur *so* können die Ursachen für Krieg und Gewalt, Flucht und Vertreibung wirksam bekämpft werden. Der Volkstrauertag erinnert uns im Gedenken an die Toten der Kriege daran, wie kostbar

Demokratie und Menschenrechte, Frieden und Verständigung in Europa sind und sie als eine beständige Gestaltungsaufgabe zu betrachten. Europa als politisches Projekt der Einigung und des Friedens muss immer wieder neu ins Bewusstsein gebracht werden. Dazu brauchen wir Momente des Innehaltens und der Trauer, um die Erinnerung an Leid und Tod, die mit Krieg und Gewaltherrschaft über die Menschen gebracht werden, wachzuhalten. Das Wissen um die Geschichte sowie die Informationen über unheilvolles Geschehen in der Gegenwart verpflichten uns, wachsam zu bleiben und die Stimme zu erheben gegen die Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts in allen Teilen der Welt. Der Volkstrauertag ist dafür besonders geeignet. Er ist nicht mehr nur der Tag, an dem Menschen erinnernd und trauernd zurückblicken.

Der Volkstrauertag erinnert uns, dass die *Arbeit* für den Frieden keineswegs nur die Politik angeht, sondern uns alle. Bei den Folgen der gewaltsamen Kriege der Gegenwart, von Vertreibung, Flucht und Asyl sind wir heute alle gefordert. Viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind hier aus Solidarität mit den Opfern ehrenamtlich aktiv geworden.

Unsere Aufgabe ist aber auch, die neuen Herausforderungen für das Leben und Überleben der Menschheit in der von uns geschaffenen neuen Epoche der Erd- und Weltgeschichte im Anthropozän zu erkennen und diesen aktiv entgegen zu wirken. Hierzu kann jeder einen Beitrag leisten. Der erforderliche Umbau der Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert erfordert Mut und Kraft, neue Ideen, Lebensweisen und Lebensstile.

Eine vorausschauende aktive Friedenspolitik im Anthropozän muss versuchen, die alten Kriege einzudämmen und friedlich durch Diplomatie zu lösen und die neuen Konfliktarten von **Klimakonflikten**, einer durch Klimawandel ausgelösten **Völkerwanderung** entgegenzutreten und durch eine neue Energiepolitik, die auf Einsparungen und erneuerbare Energien setzt, Rohstoffkriege über Erdöl und Erdgas zu vermeiden.

Ich hoffe, ich konnte Sie etwas zum Nachdenken bringen. Selbst als ich mich im Kalten Krieg mit Massenvernichtungswaffen befasste, war ich immer ein Optimist, dass Wandel möglich ist. Wir haben 1970 als Studenten über einen friedlichen Wandel in Europa unter Leitung von Ivo Gönner nachgedacht, dem späteren langjährigen OB von Ulm. Dieser friedliche Wandel erfolgte 19 Jahre später im Herbst 1989 wie ein Wunder. Aber auf die Folgen waren wir alle schlecht vorbereitet.

Auf den Übergang zur Nachhaltigkeit als einer vorausschauenden aktiven Friedenspolitik sollten wir besser vorbereitet sein. Die Schriften des ökumenischen Rates der Kirchen zum Frieden mit der Natur und die *Umweltenzyklika Laudato Si* von Papst Franziskus vom Juni 2015 geben uns viele Anregungen und der letzte Weltklimabericht von 2014 bietet viele Informationen. Wenn wir es wollen, können wir alle diesen Transformationsprozess einleiten und aktiv begleiten. Wir können und schaffen dies, wenn wir alle dies wollen. Packen wir es an!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für diese für viele etwas ungewöhnlichen Ideen eines älteren Politikwissenschaftlers und Friedensforschers zum Volkstrauertag in Gerlingen.